

Die Stadt gehört uns!

Streetart und stadtpolitischer Aktivismus zusammen für das „Recht auf Stadt“

von der Gruppe *Statt Jena*

Februar 2015

Die Straße vor unserer Haustür ist mehr als ein hässlicher Betontepich. Sie kann mehr als Menschen und Maschinen transportieren und sie hat mehr verdient, als mit Verkehrslärm assoziiert und auf ihre infrastrukturelle Funktion reduziert zu werden. Lasst sie uns deshalb aus einem anderen Blickwinkel betrachten: Die Straße ist Sinnbild des öffentlichen Raumes und damit schon immer der Ort, an dem Menschen zusammenkommen, sich austauschen und ihre Meinung kundtun. Ganz im Sinne der griechischen *Polis* (eine Art öffentliche Platz im Stadtkern, wo die Politik „gemacht“ wurde) ist sie eine Arena politischer Meinungsäußerungen. Wenn Menschen sich wehren, gegen politische und soziale Zumutungen protestieren, und anfangen Dinge selbst in die Hand zu nehmen, die ihnen nicht mehr passen, wird das früher oder später auf der Straße sichtbar.

Als Austragungsort gesellschaftlicher Konflikte kann Straße damit zu einer Art Ventil für Unzufriedenheit mit dem Bestehenden werden und genau an dieser Stelle treffen widerspenstige Kunst und politischer Aktivismus aufeinander: Wenn Leute draußen Bilder malen und rumkleistern oder gemeinsam mit Vielen auf Demos und Aktionen ihre Meinung sagen, steckt dahinter in beiden Fällen häufig nicht nur eine Praxis der Selbstermächtigung, sondern auch ein gemeinsamer Gedanke, nämlich der, dass eine „andere“ Stadt möglich ist, eine buntere und gerechtere, die weniger grau ist, die weniger stresst und die ein gutes Leben für alle möglich macht. Die Straße ist in jedem Fall der Ort, an dem wir damit anfangen sollten, diese Vorstellungen in die Tat umzusetzen bzw. für sie zu kämpfen. Aber wie kann das aussehen?

Diese Frage haben wir – eine kleine Gruppe stadtpolitischer Aktivist_innen aus Jena, die u.a. auch viel Sympathie für straßenverschönernde Kunst hegt – uns gestellt und im Folgenden einige unserer Gedanken zu Papier gebracht. Es geht um Möglichkeiten und auch Fallstricke von Widerstand im städtischen Raum, wobei wir uns weniger konkret auf unseren Wohnort Jena beziehen, als allgemein auf Stadt- und damit einhergehender Protestentwicklung der letzten Jahre.

Wem gehört die Stadt?

Zunächst mal von der Straße zur Stadt: Die Stadt ist ein Ort, an dem viele Menschen mit unterschiedlichsten Lebensstilen, Kulturen und Geschichten auf engem Raum nebeneinander leben. Für all jene, für uns, ist sie in der Regel Mittelpunkt des Lebens, was nur leider noch lange nicht heißt, dass sich die Ausgestaltung des städtischen Lebens auch an unseren Bedürfnissen orientiert. Im Gegenteil: Zunehmend orientiert sie sich an unternehmerischen Strategien. Städte werden zu Wirtschaftsstandorten, Wohnhäuser zu Objekten immobilienwirtschaftlicher Gewinnstrategien, riesige Konsumtempel werden gebaut und aus Fußgängerzonen werden Reklame-Galerien gemacht. Damit werden die funktionstragenden Elemente der Stadt von ihrem eigentlichen Sinn und Zweck (Häuser zum Wohnen, Straßen zum Austauschen) entfremdet. In der Tatsache, dass die Stadtentwicklung und öffentliche Raumgestaltung damit eher Marktlogiken und Standortpolitik folgt, als den Bedürfnissen der Bewohner_innenschaft, offenbart sich so mal wieder das ewig gleiche und elenden Spielchen des Kapitalismus: An den Imperativen von Wachstum und Profit prallen die Rufe nach Bedürfnisorientierung gehörlos ab.

In der „unternehmerischen Stadt“ von heute gehörten die Straßen und Häuser also offensichtlich ganz und gar nicht denen, die drin wohnen (um einen alten Hausbesetzer_innen-Spruch zu zitieren). Grund genug, dass die Rufe nach einer „anderen“ Stadt noch lauter, die Unzufriedenheiten und Gegenvorschläge sichtbarer und die Praxis der Selbstorganisation und Wiederaneignung von Stadt noch stärker werden müssen. Wem gehört die Stadt? Diese Frage müssen wir stellen und in aller Deutlichkeit beantworten: Uns allen!

Recht auf eine „Stadt für alle“

Mit dieser richtungsweisenden Fragestellung sind wir auf jeden Fall nicht alleine. Ein Blick auf die in den letzten Jahren weltweit entstandenen urbanen Bewegungen, die mit der griffigen Parole vom „Recht auf Stadt“ (Right to the City, Droit à la ville) verschiedenste städtische Kämpfe miteinander verbinden, macht nicht nur Mut, sondern zeigt auch wie sozialunverträglich die Situation in den Städten ist. Auch in Deutschland sind - besonders in den großen Städten wie Hamburg, Frankfurt und Berlin - beeindruckende politische Prozesse in Gang gekommen, die neoliberale Stadt- und Wohnungspolitik und ihre sozialen Folgen in Frage stellen und gegen Mietpreisexplosionen, Verdrängung und Zwangsräumungen genauso kämpfen, wie für das Bleiberecht und menschliche Unterbringung für Geflüchtete. Auch Freiraumkämpfe und Forderungen nach selbstorganisierten, politischen und soziokulturellen Zentren sind Teil des Ganzen. Der auf den französischen Philosophen Henri Lefebvre zurückgehende Begriff vom „Recht auf Stadt“ - nicht zu verstehen als einen juristisch einklagbaren Rechtsanspruch - steht damit für die erfolgreiche Idee, einen Haufen verschiedenster Protest- und Widerstandsformen miteinander zu verbinden und ihnen im Zeichen der Selbstermächtigung einen gemeinsamen politischen Rahmen zu geben. Auch Streetart oder im weitesten Sinne Kunstaktivismus auf der Straße ist als Teil der breit gefächerten widerspenstigen Aktionsformen und städtischen Thematiken zu sehen, die vom „Recht auf Stadt“-Konzept eingeklammert und zusammen gedacht werden.

Raus aus dem Sumpf der Szene

Recht auf Stadt-Bewegungen in ganz Europa sind also von der Hoffnung getrieben, dass der entfremdeten und enteigneten Stadt etwas entgegengesetzt werden kann, wenn wir verschiedene städtische Kämpfe miteinander verbinden. Der stadtpolitische Ansatz steht damit zunächst einmal ganz im Zeichen der Vernetzung und gegenseitigen Solidarisierung. Aber wo plurale Netzwerke entstehen und sich die unterschiedlichsten Leute und Interessenvertretungen schrittweise zusammen tun - von Autonomen bis zu Schrebergärtnern, von abschiebebedrohten Refugees bis zur zwangsgeräumten Rentnerin, von Studis bis zur alleinerziehenden Hartz-IV-Empfängerin - gibt es natürlich auch viel Konfliktpotential. Deshalb: Ob nun Zecke, Sprayerin, Hausbesetzer, Kulturaktivistin, Mietrebell oder whatever: der Erfolg eines solchen vielschichtigen und ambitionierten Projektes, hängt dabei nicht nur von einer notwendigen Portion an politischem Willen, Entschlossenheit und langem Atem ab, sondern auch von der Bereitschaft aller Beteiligten, die eigenen Szenegewohnheiten in Frage zu stellen. Eine gewisse Offenheit gegenüber Projekten und Menschen aus anderen politischen, sozialen oder (sub)kulturellen Zusammenhängen bedeutet damit vor allem für subkulturelle und szenepolitische Zusammenhänge eine durchaus unbequeme Selbstreflexion der eigenen Abschottung und Isolation. Aber um als breite Bewegung handlungsfähig und wirkmächtig zu werden, führt kein Weg daran vorbei. Das eigene Nest verlassen, über den Tellerrand der Subkultur hinausschauen, aus dem Sumpf der eigenen Szene herauskriechen – leicht ist das nicht, aber dennoch eine notwendige Voraussetzung, damit „Recht auf Stadt“ funktioniert.

Widerstand vor der eigenen Haustür

Wir leben also in Städten, die uns systematisch unter neoliberalen und standortpolitischen Vorzeichen weggenommen werden. Marktgesetze und Unternehmensinteressen bestimmen, wie die Stadt aussieht und sich entwickelt, während Menschen, die ihre Mieten nicht mehr zahlen können verdrängt und von den städtischen Ressourcen ausgegrenzt werden. Neben den neugebauten Einkaufszentren und Luxuswohnungen ist der Platz für selbstorganisierte Freiräume und politische Zentren außerdem gleich null. Aber wo und wie fangen wir jetzt an mit dem Widerstand gegen diesen Ausverkauf der Stadt? Die noch jungen „Recht auf Stadt“-Bewegungen auf der ganzen Welt geben da eine Antwort: Der Widerstand muss „von unten“ kommen und eine neue Stadt von unten

aufbauen, das heißt Selbstorganisation im Kleinen betreiben. Das schließt breit angelegte politische Kampagnen beispielsweise für mehr bezahlbaren Wohnraum oder dezentrale Unterbringung von Geflüchteten nicht aus, bedeutet aber, dass sich „Recht auf Stadt“ auch auf langfristig angelegte Basisarbeit in Stadtteilen, Betrieben, Uni etc. fokussieren muss, um nachhaltige und grundlegende Veränderung zu bewirken. Die politische und die lokale Ebene städtisch sozialer Kämpfe müssen sich da ergänzen. Die Herausforderung ist es also, auf die „großen“ Probleme aufmerksam zu machen, aber im „Kleinen“ anfangen, dafür zu kämpfen. Konkret könnte das für uns alle vor allem eines bedeuten: In der eigenen Nachbarschaft anzufangen. Nachbarschaftstreffs sind beispielsweise simple, aber effektive Formen praktischer Solidarität und kleine, Mut-machende Schritte in Richtung Selbstorganisation. Auch die gegenseitige Unterstützung bei Stress mit dem Vermieter oder gemeinsames rechtliches Vorgehen gegen unverhältnismäßige Mieterhöhungen können Wegweiser raus aus der Vereinzelung und der städtischen Anonymität und hin zu gemeinschaftlichem Zusammenleben sein. Es ist also alles gar nicht so schwer, abstrakt und weit weg: Die „Stadt für alle“ als ein Projekt „von unten“ kann und sollte direkt vor unserer Haustür beginnen.

Von Kiezpflege zu Kiezpolitik

Die (politische) Auseinandersetzung mit dem eigenen Stadtviertel bekommt nun dadurch eine ganz neue Dimension. Der im klassischen Sinne als subkultureller Rückzugsort und alternatives Viertel verstandene Szene-Kiez, der sich durch besonders viele Künstler_innen innerhalb der Bewohner_innenschaft, eine Menge sichtbarer Streetart und meist einer Reihe selbstorganisierter Cafés, Ateliers, Läden und anderer Projekte definiert, wird in gewisser Weise kritisch hinterfragt. Denn es ist wie oben bereits ausgeführt genau diese szenige Zurückgezogenheit, die es im Sinne einer breiten, pluralen Recht auf Stadt-Bewegung zu überwinden gilt.

Die – ein bisschen polemisch gesagt - Kiezpflege des Künstler_innenmilieus und der Szene-Aktivist_innen, die meist als Kampf gegen Gentrifizierung verstanden nicht allzu selten in einen eigenartigen xenophoben Provinzgeist mündet, der sich, egal ob Schwaben, Yuppies (Young Urban Professional) oder Tourist_innen, gegen alles Zuziehende, in den Kiez von außen Eindringende richtet, wird durch die Idee einer milieu-überschreitenden Nachbarschaftspolitik ersetzt.

Auch dieser Gang von sich abschottender „Kiezpflege“ zu offener Kiezpolitik muss dabei den mühsamen Umweg der Selbstreflektion gehen. Wer von uns sich im weitesten Sinne einer Subkultur, einer alternativen Szene oder dem Künstler_innenmilieu zugehörig fühlt, sollte sich der eigenen Rolle in Gentrifizierungsprozessen bewusst sein. Nicht umsonst bezeichnen Stadtforscher_innen Künstler_innen oft als „Pioniere der Gentrifizierung“. Die in vielen (Groß)Städten festgestellte Stadtentwicklung folgt häufig demselben Muster: Durch den Zuzug von Künstler_innen in Gegenden mit viel Leerstand und niedrigen Mietpreisen werden ganze Stadtteile symbolisch aufgewertet. Sie werden zu „alternativen Erlebniswelten“ mit viel „kreativem Potential“ erklärt und fangen an, in Reiseführern und Medienberichten aufzutauchen. Das macht diese Stadtteile schließlich attraktiv für Immobilienfirmen und schafft Investitionsanreize, was dann nach und nach und im Zuge von umfassenden Sanierungsarbeiten und darauf folgenden Mietpreiserhöhungen zur Verdrängung geringverdienender Bevölkerungsteile aus den ehemaligen Arbeitervierteln führt¹.

Diese Einsicht sollte nun aber nicht dazu verleiten, allein irgendwelchen Künstler_innen die Schuld für die sozialen Folgen komplexer Stadtentwicklungsprozesse in die Schuhe zu schieben oder Kunst

1 Dieses Erklärungsmodell für komplexe Stadtentwicklungsprozesse ist verkürzt. Außerdem trifft das Modell der *Gentrifizierung* beispielsweise für unseren Wohnort Jena sowieso nicht wirklich zu und auch die betroffenen Metropolen waren/sind in unterschiedlichen Epochen und Ausmaßen betroffen: es fand in London in den 60ern statt; in der Pariser *Marais* in den 70ern; Berlin *Prenzlauer Berg* wurde in den 90ern gentrifiziert und der Stadtteil *Sankt Pauli* in Hamburg in den 2000ern. Seit einigen Jahren zeichnen sich auch im *Leipziger Westen* klassische Gentrifizierungsprozesse ab.

und Alternativkulturen zu verteufeln. Es geht uns vielmehr darum, zu betonen, dass aus der kritischen Reflektion auch produktive Konsequenzen gezogen werden sollten. So sollte sich alternative, widerspenstige Subkultur, Streetart und anderer Kunstaktivismus stärker im Kontext von Stadtpolitik und Wohnraumproblematik betrachten und ganz im Sinne einer gemeinsamen Perspektive des „Recht auf Stadt“, den Schulterschluss mit der „ganz normalen“ Nachbarschaft wagen. Es geht also nicht darum, jetzt auf einmal nur noch explizit politische, bewusstseinschaffende Kunst zu machen oder die ganze Sache mit der Kunst und der Alternativkultur einfach ganz sein zu lassen. Nein, im Gegenteil: Lasst uns keine Wand grau lassen und so viele selbstorganisierte Szenekneipen und gegenkulturelle Projekte starten, wie wir Zeit und Räume haben! Es gibt nur eben diese entscheidenden Punkte, die dabei nicht fehlen dürfen: Zum einen das Bewusstsein über eventuelle eigene Verstricktheit in städtische Aufwertungsprozesse, sowie zum anderen der Wille, die Selbstbeschränkung als Subkultur oder Szene zu durchbrechen und aus der eigenen Nische rauszukommen.

Was mit „Recht auf Stadt“ auf eine griffige, politische Formel gebracht wurde, kann und sollte also im eigenen Kiez ganz konkret werden. Als Kunst- und/oder Politaktivist_innen müssen wir – wir schließen uns da ganz bewusst mit ein, weil wir Streetart und stadtpolitischen Aktivismus zusammen denken wollen - nur aufhören uns als Szene zu isolieren und womöglich noch als Avantgarde zu verstehen. Wir müssen uns stärker als Teil einer Nachbarschaft sehen, damit wirkliche, die Milieugrenzen überschreitende Selbstorganisation im Kiez möglich wird. Nur so können wir uns in solidarischer und gemeinschaftlicher Bezugnahme aufeinander schrittweise die Stadt zurückerobern. Auf geht's!

Für Kritik, Fragen und Anmerkungen und natürlich bei Interesse an Mehr zum Thema „Recht auf Stadt“ (Infos, weiterführende Texte, Aktion, Mitmachen) schreibt uns gerne eine Mail an statt@riseup.net.